

Stand 01.05.2020

Weitergewährungsantrag SGB II

Antrag abgegeben: _____

Tag der Antragsstellung: _____

Unterschrift
Annehmende/r: _____

Eingangsstempel

Senden Sie den Antrag an den:

**Main-Taunus-Kreis
Der Kreisausschuss
Kommunales Jobcenter
Am Kreishaus 1-5
65719 Hofheim**

Bitte geben Sie hier Ihr Aktenzeichen an:

Hinweise:

Bitte beachten Sie, dass auch die Leistungen für Bildung und Teilhabe nach Ablauf *neu* zu beantragen sind!

Bitte nehmen Sie keine Streichungen vor und lassen Sie keine Felder unausgefüllt.

Kreuzen Sie bitte nur die Ja- oder Nein-Felder an oder fügen Sie die entsprechenden Ergänzungen ein.

Hinweis: Aufgrund der besseren Lesbarkeit wird nur die männliche Schreibweise verwendet. Diese schließt automatisch die weibliche Form mit ein. Wir bitten alle Nutzerinnen und Nutzer um Verständnis.
Sollten mehr als 5 Personen vorhanden sein, bitten wir ein Beiblatt zu benutzen.

		z.B. Ehemann, Lebenspartner / In, Kinder, Enkel			
Personendaten	Antragsteller	Weitere Person	3. Person	4. Person	5. Person
Name					
Vorname					
Straße, Hausnummer					
PLZ, Wohnort					
Geburtsdatum					
Telefonnummer					
Mobil					
E-Mail Adresse					
Familienstand					
Aufenthaltsstatus					
erteilt bis					

In unseren persönlichen Verhältnissen haben sich Änderungen ergeben, bei:

der Arbeit, z.B. neue Arbeitsverhältnisse	☐ Nein	☐ Ja, welche _____ für wen _____ seit wann _____
bei den Wohnverhältnissen	☐ Nein	☐ Ja, welche _____

Aktuelle Angaben / Veränderungen bei

den Einkünften, z.B. Erwerbseinkünfte, Unterhalt, Renten	☐ Nein	☐ Ja, welche _____ für wen _____
Es wurde ein Rentenanspruch gestellt / beantragt	☐ Nein	☐ Ja, bei _____

Vermögensverhältnisse	Antragsteller	Weitere Person	3. Person	4. Person	5. Person
Vorhandenes Bargeld	€	€	€	€	€
Sparbücher	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Girokonten	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Sparbriefe, sonstige Wertpapiere	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Kapitallebens- versicherungen	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein

Altersvorsorgevermögen (z.B. Riesterrete u.a.)	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Bausparverträge	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Abgetreten an Name und Adresse	☐ Sparbücher / -konten ☐ Sparbriefe, sonstige Wertpapiere ☐ Kapitallebensversicherungen ☐ Altersvorsorgevermögen ☐ Bausparverträge				
Vermögen wurde im In- oder Ausland innerhalb der letzten 10 Jahre verschenkt, gespendet oder auf eine andere Person übertragen	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Kraftfahrzeuge von allen Familienangehörigen (z.B. Auto, Motorrad)	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Ggf. noch bestehende Kreditverbindlichkeiten	€	€	€	€	€
Sonstiges Vermögen	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
Grundstücke und Wohnungseigentum	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein	☐ Ja ☐ Nein
	☐ kein Vermögen vorhanden	☐ kein Vermögen vorhanden	☐ kein Vermögen vorhanden	☐ kein Vermögen vorhanden	☐ kein Vermögen vorhanden

Die Angaben sind durch entsprechende Nachweise zu belegen.

Ich versichere, die vorstehenden Angaben vollständig und richtig gemacht zu haben. Ich verpflichte mich, alle Änderungen, die für die Bewilligung der Leistungen maßgebend sind – insbesondere Familien-, Einkommens- und Vermögensverhältnisse sowie Wohnverhältnisse – aller Mitglieder der Bedarfsgemeinschaft unverzüglich und unaufgefordert mitzuteilen.

Ort, Datum

Unterschrift des **Antragstellers**

Jede weitere Person der **Bedarfsgemeinschaft**, die das **15. Lebensjahr** vollendet hat

Ort, Datum

Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Ort, Datum

Unterschrift

Befragung zu Merkmalen des Migrationshintergrundes

Ziel dieser Befragung ist es, Statistiken zum Arbeitsmarkt und zur Grundsicherung für Personen mit und ohne Migrationshintergrund darzustellen. Hierzu bitten wir um Ihre Mithilfe.

Was bedeutet Migrationshintergrund? Der Begriff Migrationshintergrund steht für unterschiedliche Sachverhalte: Manche Menschen sind nicht in Deutschland geboren, manche haben die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes, wieder andere sind in Deutschland geboren, nachdem ihre Eltern nach Deutschland gezogen sind.

Die Statistik der Bundesagentur für Arbeit, die für Gesellschaft und Politik statistische Erkenntnisse über den Arbeitsmarkt ermittelt, wird Ihre Angaben nutzen und in die Statistiken aufnehmen. Dazu hat sie einen gesetzlichen Auftrag.

Die Beantwortung der Fragen ist selbstverständlich freiwillig. Wenn Sie zu einzelnen Fragen keine Angaben machen möchten oder wollen, dann kreuzen Sie im Fragebogen bitte „keine Angabe“ an. Dies zieht keine Folgen nach sich. Alle Angaben, die Sie machen, werden vertraulich behandelt und ausschließlich für statistische Zwecke genutzt. Sie werden geheim gehalten und anonymisiert. Ihre Angaben werden nicht für Zwecke der Arbeitsvermittlung, der Leistungsgewährung oder andere Zwecke verwendet.

Rechtsgrundlage der Erhebung ist die Migrationshintergrund-Erhebungsverordnung. Diese basiert auf § 281 Abs.2 Satz 4 des SGB III in Verbindung mit § 53 Abs.7 Satz 1 des SGB II.

Aussagekräftige statistische Erhebungen können nur gewonnen werden, wenn sich möglichst alle an der Befragung beteiligen. Deshalb ist Ihre Teilnahme und Beantwortung der Fragen sehr wichtig. Die Beantwortung wird maximal eine Minute dauern, aber Ihre Zeit hilft uns, sehr wichtige Angaben über den Arbeitsmarkt zu treffen, die wiederum Ihnen und anderen Menschen helfen sollen, beispielsweise eine adäquate Beschäftigung zu finden.

Bitte geben Sie den Fragebogen auch dann zurück, wenn Sie keine Angaben machen möchten. Vielen Dank.

Sollten mehr als 5 Personen vorhanden sein, bitten wir ein Beiblatt zu benutzen

Bitte Blatt wenden

		z.B. Ehemann, Lebenspartner / In, Kinder, Enkel			
Personendaten	Antragsteller	Weitere Person	3. Person	4. Person	5. Person
Name					
Vorname					
Geburtsdatum					
Staatsangehörigkeit					

Personendaten		z.B. Ehemann, Lebenspartner / In, Kinder, Enkel			
Antragsteller		Weitere Person	3. Person	4. Person	5. Person
1	Ich besitze die deutsche Staatsangehörigkeit	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
2 a)	Ich bin in Deutschland geboren (heutiges Gebiet)	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
2 b)	Ich bin nach 1949 nach Deutschland zugewandert (heutiges Gebiet)	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
3 a)	Mein Vater ist außerhalb Deutschlands (heutiges Gebiet) geboren und nach 1949 zugewandert	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
3 b)	Meine Mutter ist außerhalb Deutschlands (heutiges Gebiet) geboren und nach 1949 zugewandert	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
4 a)	Ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit als Aussiedler oder Spätaussiedler erworben	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
4 b)	Ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit als Ehegatte / Ehegattin eines (Spät-)Aussiedlers erworben	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe
4 c)	Ich habe die deutsche Staatsangehörigkeit als Kind oder Enkelkind eines (Spät-)Aussiedlers erworben	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe	☐ Ja ☐ Nein ☐ keine Angabe

Checkliste der benötigten Unterlagen

zur Antragsaufnahme / -bearbeitung (soweit zutreffend):

- ☐ gültige Aufenthaltstitel / Aufenthaltsgenehmigungen aller Personen der Bedarfsgemeinschaft (Kopie der Ausweise)
- ☐ aktuelle Schulbescheinigungen der Kinder über 14 Jahre
- ☐ sortierte und lückenlose Kontoauszüge aller Konten der letzten 3 Monate von allen Personen die der Bedarfsgemeinschaft angehören. Sofern Sie einen Kontenverlauf vorlegen möchten, muss dieser von Ihrer Bank abgestempelt und unterschrieben sein.
- ☐ letzte aktuelle Heiz- und Nebenkostenabrechnung
- ☐ letzter Steuerbescheid
- ☐ bei Eigentum – Nachweis über die Höhe der Nebenkosten, Versicherungen, Schornsteinfeger, Zins- und Tilgungsplan – siehe beigegefügte Anlage

☐ **Folgende Unterlagen werden nachgereicht:**

Erklärung für Besitzer von Wohneigentum über Einnahmen und Ausgaben aus Hausbesitz

Anlage zum Antrag auf Sozialleistungen von:

Name, Vorname	Straße	PLZ / Wohnort	Aktenzeichen (AZ.:)

Hausgrundstück in: _____		Straße: _____
☐ Einfamilienhaus ☐ Mietwohn- und Geschäftshaus (Bitte zutreffendes ankreuzen)	☐ Mehrfamilienhaus ☐ Eigentumswohnung	Das Wohnhaus wurde erstmals bezogen im Jahr: _____
Einheitswert: _____ €		AZ. des Einheitswertbescheides: _____
Gesamtwohnfläche: _____ qm		Wohnfläche der eigen genutzten Räume: _____ qm

Belastungen (die Zins- und Tilgungsbeträge sind grundsätzlich getrennt nachzuweisen)

Gläubiger, Art des Darlehns	Betrag €	Zinssatz %	Zinsen €	Tilgungssatz €	Tilgung €	jährl. Gesamt- belastung €

Ich erkläre hiermit ausdrücklich, dass die hier aufgeführten Belastungen im Grundbuch eingetragen und nur für den Auf- bzw. Umbau des o.g. Eigentums aufgenommen sind.

Bei ETW sind die Angaben zu den Ausgaben **außer den Zinsen** entbehrlich. Es ist die Abrechnung des letzten Wirtschaftsjahres sowie der für das laufende Jahr beschlossene Wirtschaftsplan vorzulegen.

Einnahmen (jährlich)

Mieteinnahmen: _____ €
 Umlagen ohne Heizung: _____ €
 Untermiete ./. der Kosten: _____ €
 Garagenmiete: _____ €
 sonstiges: _____ €

 jährl. Einnahmen: _____ €
 ./. jährl. Ausgaben: _____ €

 Ertrag / Verlust jährl.: _____ €

 Ertrag / Verlust mtl.: _____ €

Ausgaben (jährlich)

Grundsteuer: _____ €
 Straßenreinigung: _____ €
 Müllabfuhr: _____ €
 Wasser: _____ €
 Abwasser: _____ €
 Oberflächenwasser: _____ €
 Brandversicherung: _____ €
 Gebäudehaftpflicht-
versicherung: _____ €
 Schornsteinfeger: _____ €
 Heizkosten: _____ €
 Reparaturen: _____ €
 sonstige Ausgaben: _____ €
 Zinsen: _____ €

Gesamtausgaben: _____ €

Ich versichere die Richtigkeit meiner Angaben, die Belege hierzu – siehe auch Checkliste – sind beigelegt.

Ort und Datum

Unterschrift

Mitwirkungspflichten

§ 1 (1) Zweites Sozialgesetzbuch (SGB II)

Die Grundsicherung für Arbeitssuchende soll die Eigenverantwortung von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen und Personen, die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft leben, stärken und dazu beitragen, dass sie ihren Lebensunterhalt unabhängig von der Grundsicherung aus eigenen Mitteln und Kräften bestreiten können. Sie soll erwerbsfähige Hilfebedürftige bei der Aufnahme oder Beibehaltung einer Erwerbstätigkeit unterstützen und den Lebensunterhalt sichern, soweit sie ihn auf andere Weise bestreiten können. Die Gleichstellung von Männern und Frauen ist als durchgängiges Prinzip zu verfolgen. Die Leistungen der Grundsicherung sind insbesondere darauf auszurichten, dass

1. durch die Erwerbstätigkeit Hilfebedürftigkeit vermieden oder beseitigt, die Dauer der Hilfebedürftigkeit verkürzt oder der Umfang der Hilfebedürftigkeit verringert wird,
2. die Erwerbsfähigkeit des Hilfebedürftigen erhalten, verbessert oder wieder hergestellt wird,
3. geschlechtsspezifischen Nachteilen von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen entgegen gewirkt wird,
4. die familienspezifischen Lebensverhältnisse von erwerbsfähigen Hilfebedürftigen, die Kinder erziehen oder pflegebedürftige Angehörige betreuen, berücksichtigt werden,
5. behindertenspezifische Nachteile überwunden werden.

§ 2 SGB II

- (1) Erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen müssen alle Möglichkeiten zur Beendigung oder Verringerung ihrer Hilfebedürftigkeit ausschöpfen. Der erwerbsfähige Hilfebedürftige muss aktiv an allen Maßnahmen zu seiner Eingliederung in Arbeit mitwirken, insbesondere eine Eingliederungsvereinbarung abschließen. Wenn eine Erwerbstätigkeit auf dem allgemeinen Arbeitsmarkt in absehbarer Zeit nicht möglich ist, hat der erwerbsfähige Hilfebedürftige eine ihm angebotene zumutbare Arbeitsgelegenheit zu übernehmen.
- (2) Erwerbsfähige Hilfebedürftige und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen haben in eigener Verantwortung alle Möglichkeiten zu nutzen, ihren Lebensunterhalt aus eigenen Mitteln und Kräften zu bestreiten. Erwerbsfähige Hilfebedürftige müssen ihre Arbeitskraft zur Beschaffung des Lebensunterhaltes für sich und die mit ihnen in einer Bedarfsgemeinschaft lebenden Personen einsetzen.

§ 31 SGB II

Wer sich weigert, zumutbare Arbeit zu leisten, hat keinen Anspruch auf soziale Leistungen.

§ 60 Erstes Sozialgesetzbuch (SGB I) Angabe von Tatsachen

- (1) Wer Sozialleistungen beantragt oder erhält, hat
 1. alle Tatsachen anzugeben, die für die Leistung erheblich sind, und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers der Erteilung der erforderlichen Auskünfte durch Dritte zuzustimmen,
 2. Änderungen in den Verhältnissen, die für die Leistung erheblich sind oder über die im Zusammenhang mit der Leistung Erklärungen abgegeben worden sind, unverzüglich mitzuteilen,
 3. Beweismittel zu bezeichnen und auf Verlangen des zuständigen Leistungsträgers Beweisurkunden vorzulegen oder ihrer Vorlage zuzustimmen. Satz 1 gilt entsprechend für denjenigen, der Leistungen zu erstatten hat.
- (2) Soweit für die in Absatz 1 Satz 1 Nr. 1 und 2 genannten Angaben Vordrucke vorgesehen sind, sollen diese benutzt werden.

§ 66 SGB I Folgen fehlender Mitwirkung

- (1) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach §§ 60 bis 62, 65 nicht nach und wird hierdurch die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert, kann der Leistungsträger ohne weitere Ermittlungen die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen, soweit die Voraussetzungen der Leistung nicht nachgewiesen sind. Dies gilt entsprechend, wenn der Antragsteller oder Leistungsberechtigte in anderer Weise absichtlich die Aufklärung des Sachverhalts erheblich erschwert.
- (2) Kommt derjenige, der eine Sozialleistung wegen Pflegebedürftigkeit, wegen Arbeitsunfähigkeit, wegen Gefährdung oder Minderung der Erwerbsfähigkeit oder wegen Arbeitslosigkeit beantragt oder erhält, seinen Mitwirkungspflichten nach §§ 62 bis 65 nicht nach und ist unter Würdigung aller Umstände mit Wahrscheinlichkeit anzunehmen, dass deshalb die Fähigkeit zur selbstständigen Lebensführung, die Arbeits-, Erwerbs- oder Vermittlungsfähigkeit beeinträchtigt oder nicht verbessert wird, kann der Leistungsträger die Leistung bis zur Nachholung der Mitwirkung ganz oder teilweise versagen oder entziehen.
- (3) Sozialleistungen dürfen wegen fehlender Mitwirkung nur versagt oder entzogen werden, nachdem der Leistungsberechtigte auf diese Folge schriftlich hingewiesen worden ist und seiner Mitwirkungspflicht nicht innerhalb einer ihm gesetzten angemessenen Frist nachgekommen ist.

Auszug aus § 263 Strafgesetzbuch (StGB)

- (1) Wer in der Absicht, sich oder einem Dritten einen rechtswidrigen Vermögensvorteil zu verschaffen, das Vermögen eines anderen dadurch beschädigt, dass er durch Vorspiegelung falscher oder durch Entstellung oder Unterdrückung wahrer Tatsachen einen Irrtum erregt oder unterhält, wird mit Freiheitsstrafe bis zu fünf Jahren oder mit Geldstrafe bestraft.
- (2) Der Versuch ist strafbar.
- (3) In besonders schweren Fällen beläuft sich die Freiheitsstrafe zwischen einem und zehn Jahren.